Angehörigen Info 67

G 10228 D
24.5.1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Staatsschutzkampagne setzt sich fort

Wir haben bereits im letzten Info versucht aufzuzeigen, wie unter tätiger Mithilfe der bundesdeutschen Presse eine Kampagne gegen die Gefangenen hochgezogen wird. Erfahrungsgemäß ist dies oft eine Art propagandistische Vorbereitung, der dann entsprechende praktische Schritte folgen sollen. Die Hetzkampagne in der Presse fand ihren traurigen Höhepunkt in der bewußt verzerrten und verdrehten Berichterstattung über die Erklärungen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar im Prozeß gegen Susanne Albrecht in Stammheim. Hierzu dokumentieren wir nachstehend Presseerklärungen der Rechtsanwälte/innen der Gefangenen.

Während die Pressehetze vor Lügen und Verdrehungen nicht haltmacht und so aus der Ankündigung, etwas zu sagen, die angebliche Ankündigung von „Aktionen" wird, scheuen sich inzwischen einzelne Politiker nicht, ganz offen die Aufhebung der minimalen Zugeständnisse während des letzten Hungerstreiks, nämlich die Kleingruppen, zu fordern, so u. a. Hellenbroich — ehemaliger VS-Chef — gegenüber dem *Mitteldeutschen Expreß*. Daß solche Forderungen nicht nur das Vorpreschen vereinzelter Scharfmacher sind, zeigt sich dann an den praktischen Schritten, die die Staatsschutzbehörden auf ihre Pressekampagne folgen lassen. So hat die Innenministerkonferenz lt. *Spiegel* inzwischen den Einsatz von „verdeckten Ermittlern" zur „Gewinnung von Erkenntnissen über die Zusammensetzung des engeren terroristischen Umfeldes und der RAF-Struktur" beschlossen. In einem internen Arbeitspapier werden verschiedene Vorschläge gemacht, so u. a. die „intensive Beobachtung des terroristischen Umfeldes" einschließlich der Erstellung einer Liste der „besonders beobachtungswürdigen Personen (TOP 50)" und die Einrichtung einer wöchentlich tagenden Gruppe, die „die umfassende Auswertung aller Informationen" lenken und koordinieren soll. Was man sich hierunter vorzustellen hat, läßt sich unschwer ahnen. Außerdem soll die „Häftlingsüberwachung" verschärft werden, und zwar durch

— „eine geregelte, systematische und zeitnahe Auswertung der Protokolle der Häftlingsüberwachung und der Häftlingspost durch Polizei und VS
— Anwerbung oder Observation von Kontaktpartnern der Inhaftierten zwecks Erfassung von Kassibern und Feststellung von relevanten Außen-Kontaktpartnern
— das Einschleusen von Under-Cover-Agenten in die Haftanstalten
— die Überwachung von Brief- und Telefonkontakten zwischen Häftlingen und Verteidigern
— häufige und systematische Kontrolle der Zellen".

Während also propagandistisch versucht wird, jede authentische Äußerung von Gefangenen zu verhindern oder aber bis zur Unkenntlichkeit zu verdrehen und zu verfälschen, während die — ja nicht etwa neuen — Märchen von der „Zellensteuerung" und anderem mehr propagiert werden, schickt sich der Staatsschutz an, die unmenschlichen Haftbedingungen der Gefangenen weiter zu verschärfen, die Angriffe gegen die Gefangenen zu verstärken (und gegen alle, die sich mit ihnen auseinandersetzung, mit ihnen solidarisch sind). Die Gefangenen sollen — solange sie nicht das sagen, was dieser Staatsschutz ihnen befiehlt, wie es sich an anderen Beispielen gegenwärtig zeigt — schweigen, mehr noch, sie sollen möglichst isoliert und vereinzelt in den Knastlöchern hocken und aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit verschwinden. Auch und gerade damit es ungestört möglich ist, die Staatsschutzart von Geschichtsschreibung mittels Lügen, gekaufter Kronzeugenaussagen und Propaganda zu verbreiten, die da klarmachen soll und will: Widerstand ist falsch und zwecklos. Da stören natürlich authentische Äußerungen, insbesondere die der Gefangenen, weil sie nicht ins Konzept jener Strategen passen.

Tatsache aber ist: Diese Art von Friedhofsruhe wird es nicht geben. Und es sind nicht nur die Gefangenen, die immer wieder klarmachen, daß und warum sie Kommunikation und öffentliche Auseinandersetzung wollen, sondern auch viele Menschen draußen. Und auch mit noch so perfiden Versuchen werden die Strategen der Vereinzelung hieran nichts ändern.

Presseerklärung

7.5.91

— zu den fortdauernden Angriffen in der Presse gegen die in Köln-Ossendorf gefangenen Frauen aus der RAF.

Seit den Zellendurchsuchungen bei Gefangenen aus der RAF in der Woche vor Ostern erscheinen wöchentlich Zeitungsmeldungen, die die in Köln-Ossendorf bestehende Kleingruppe von RAF-Gefangenen angreifen.

Diese „Kampagne" zielt auf die erneute Durchsetzung der Einzelisolation und stellt einen weiteren Anlauf zur Kriminalisierung der Kontakte mit den Gefangenen dar.

Auf diesem Hintergrund stellen die betroffenen Gefangenen klar:

1. Bei der zur Begründung des Durchsuchungsbeschlusses angeführten „Erklärung von Adelheid Schulz in ‚Untergrundkreisen'" handelt es sich um die Veröffentlichung eines Textes von Frau Schulz in der offen erhältlichen Zeitschrift „CLOCK-WORK 129a". Der dort abgedruckte Text ist zuvor über die Zensur der Justizvollzugsanstalt an seine AdressatInnen gelangt und enthält im wesentlichen Ausführungen zu den „DDR-Gefangenen".

2. Es gibt keine „brisanten" Funde im Zusammenhang mit den Zellendurchsuchungen vor Ostern.

„Sichergestellt" wurden ausschließlich Briefe und persönliche Notizen der Gefangenen.

Für die Gefangenen Adelheid Schulz, Ingrid Jakobsmeier, Sieglinde Hofmann und Christa Eckes
(Groß, Rechtsanwalt)

Pressemitteilung

Hannover, 18. Mai 1991

Als Anwältinnen von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt stellen wir gegenüber den Falschmeldungen der letzten Tage fest:

Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt haben im Prozeß gegen Susanne Albrecht vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 16.5.91 keine neuen Aktionen angekündigt.

Vielmehr haben sie erklärt, daß die Gefangenen zu den „Kronzeugen"-Aussagen noch konkret etwas sagen werden, außerhalb von diesen Prozessen.

Über den Inhalt der Erklärungen der beiden Gefangenen war kein Mißverständnis möglich. Sie haben langsam und deutlich gesprochen, und die Aussagen waren eindeutig.

Die Erklärungen der Gefangenen liegen schriftlich vor und wurden außerdem vom OLG Stuttgart auf Tonband aufgenommen.

Wir werden gerichtliche Schritte gegen alle einleiten, die die Falschmeldungen verbreitet haben oder weiter verbreiten, weil der Pressehetze ein Punkt gesetzt werden muß.
Rechtsanwältin Anke Brenneke-Eggers, Hamburg
Rechtsanwältin Renate Trobitzsch, Hannover

Pressemitteilung

18.5.1991

Die Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand sind seit Wochen einer großangelegten Offensive der Staatsschutzbehörden unter tätiger Mithilfe der Medien ausgesetzt. Insbesondere einige Gefangene werden namentlich immer wieder herausgestellt.

Die Bundesanwaltschaft und gleichlautend die politische Ebene behauptet ein „illegales Informationssystem" unter den Gefangenen und aus den Haftanstalten nach draußen, behauptet die Steuerung der Aktionen der RAF durch die Gefangenen und die konkrete Vorbereitung neuer Aktionen.

Für diese Behauptungen inszeniert die BAW als Höhepunkt die „Panorama"-Sendung am 14.5.91 und präsentiert schriftliche Unterlagen, die

aus den Zellen der Gefangenen bei Razzien mitgenommen wurden. „7000 Blatt Papier" (u. a. Rheinische Post vom 15.5.91).

Tatsache ist, daß es zu den Razzien vom März '91 bis heute keine richterlichen Beschlagnahmebeschlüsse gibt;
daß der Verteidigung bis heute Akteneinsicht verwehrt wird.
Wir wissen, es sind bei den „7000 Blatt Papier":
- ganze Aktenordner mit zensiertem Briefwechsel; allein 108 Blatt Briefe an Brigitte Mohnhaupt von ihrer Mutter seit 1989;
- aktuelle Korrespondenz mit Journalisten;
- Bücherlisten, Taschenkalender;
- Verteidigerpost; z.B. Aufzeichnungen zur Prüfung des Aussageverweigerungsrechts als Beschuldigte durch die „Kronzeugen"-Aussagen — dieses Recht wird dadurch außer Kraft gesetzt, daß die BAW Zugriff auf diese Unterlagen hat.

Wir haben mit Presseerklärungen vom 12.4. und 7.5.91 öffentlich gemacht, daß bei den Gefangenen nichts gefunden wurde, was mit den Aktionen der RAF zu tun hat — von der Presse hier bewußt ignoriert.

Was die BAW-Linie angreifen und widerlegen könnte, soll nicht öffentlich werden.

- Zeitungen, die die Gefangenen zu Wort kommen lassen, wie „Clockwork 129a" und „Angehörigen-Info", werden kriminalisiert. Der Durchsuchungsbeschluß für die Zellenrazzien vom März '91 stützt sich auf eine „in Untergrundkreisen verbreitete Erklärung" von Adelheid Schulz, wobei die normal käufliche Clockwork 129a gemeint ist, die einen Text von Adelheid Schulz, im wesentlichen zur DDR, abgedruckt hatte.
- Die Gefangenen haben öffentlich gemacht, daß sie „offen das zur DDR sagen wollen, was zu sagen ist". Seit Anfang April laufen die konkreten Bemühungen für ein Presse-Interview. Bis heute werden die Interviews von den Justizministerien boykottiert.
- Akteneinsicht für Anwälte wird verwehrt, gleichzeitig werden „Ergebnisse" aus dem Ermittlungsverfahren gegen die Gefangenen veröffentlicht. Wegen der widerrechtlichen Veröffentlichung ist am 18.5.91 Strafanzeige gegen den Generalbundesanwalt, gegen den sachbearbeitenden Staatsanwalt, gegen die Verantwortlichen der „Panorama"-Sendung vom 14.5.91 erstattet worden.

Das Ziel der BAW und in ihrem Gefolge der Politiker ist deutlich:
- Auflösung der Kleingruppen in Lübeck, Celle und insbesondere Ossendorf;

und weiter, wie ein Konzept der Staatsschutzbehörden lt. „Spiegel" vom 13.5.91 vorsieht,
- Überwachung der Gefangenen sowie ihrer Post und auch der Verteidigerpost durch Verfassungsschutz und Polizei;
- Einschleusen von Spitzeln in die Haftanstalten.

Um die Gefangenen völlig mundtot machen zu können, bringt die BAW derzeit ihre verstärkte Propaganda — mit bewußten Lügen, widerrechtlichen Verwertungen von Unterlagen aus Ermittlungsverfahren, haltlosen Behauptungen. Die Zeugenaussagen von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar am 16.5.91 vor dem OLG Stuttgart in dem Verfahren gegen Susanne Albrecht werden verdreht und verfälscht, um behaupten zu können, die Gefangenen kündigten Aktionen an. Tatsächlich haben die Gefangenen dort gesagt, daß sie im Prozeß nichts sagen werden, und haben für später Erklärungen angekündigt.

Rechtsanwältin Anke Brenneke-Eggers, Hamburg
Rechtsanwalt Andreas Groß, Wiesbaden
Rechtsanwalt Gerd Klusmeyer, Hannover
Rechtsanwältin Heike Krause, Köln
Rechtsanwältin Renate Trobitzsch, Hannover
durch
Gerd Klusmeyer, Rechtsanwalt

Zum Hungerstreik in Frankreich

Jean-Marc Rouillan und Georges Cipriani: Zu unseren Haftbedingungen in Fresnes

Schon immer sind Sondergerichte, Sonderrecht und Sonderhaftbedingungen nicht voneinander zu trennen. Weder ideologisches „Geschwafel" noch „grundsätzliche Lösungen" werden — über ihre Verschleierungsfunktion hinaus — etwas daran ändern.

Wenn unsere Bedingungen heute schlechter als die von anderen Gefangenen sind, dann allein deshalb, weil es die Rolle der repressiven Sonderinstitutionen ist, die Gegner mit allen Mitteln zu beseitigen — bis hin zu rechtswidrigen Mitteln, was dann unter dem Schleier der berühmten Staatsraison geschieht —, und weil daraus der absolute Autoritätsanspruch und die reaktionäre Politik des Staates folgt. Eine Politik, die oft ein ständiger Freibrief für die schleichende Faschisierung ist, die in den Knästen vorherrscht. Eine Faschisierung, die sich natürlich an erster Stelle gegen die revolutionären Militanten richtet, die Geiseln sind.

Im Juli 1989 gab „la place Vendome" (Justizministerium — Anm. d. Ü.) eine Mitteilung heraus, in der es wörtlich hieß, daß wir „in die Untersuchungshaft, entsprechend dem allgemeinen Recht, das die Strafvollzugsordnung vorsieht (nach welchem Recht wurde unsere Haft bis Juli 1989 geregelt?), wieder eingegliedert werden:
Unterbringung in Einzelzellen, Kommunikationsmöglichkeiten mit den anderen Gefangenen und Aktivitäten, die mit den Erfordernissen von Sicherheit und Ordnung vereinbar sind."

Aber tatsächlich ist dieser Versuch, unsere Haft zu normalisieren, schnell ins Wasser gefallen, und heute noch wird ihre Strafvollzugsordnung in allen Bereichen dieser Haft verhöhnt. Es gibt weder eine wirkliche Kommunikation mit den anderen Gefangenen noch Besuche unter uns — die in diesem Gesetz vorgesehen sind und im allgemeinen auch durchgeführt werden —, weder Aktivitäten noch Sport, weder Studium noch Arbeitsmöglichkeiten ... was das Recht auf Verteidigung angeht: Das wird nach und nach beseitigt.

Gemäß der Strafvollzugsordnung müssen der Untersuchungsrichter und die Anklagekammer die Wahrnehmung der Rechte des Angeklagten in seiner Haft garantieren. Wir haben mit diesem hohlen Prinzip unsere Erfahrung gemacht. Wir haben nicht nur gehört, wie der Präsident der „Republik" persönlich uns bei einer Fernsehdebatte mit seinem Hauptwahlgegner als Mörder bezeichnete, bevor überhaupt in irgendeiner Form eine Gerichtsentscheidung, also ein richterliches Urteil, gefällt worden wäre. Diese Behauptung wurde darüber hinaus vom Justizminister vor dem Parlament wieder aufgegriffen, einige Tage bevor die „Debatte" vor dem Sondergericht eröffnet wurde.

Der gleiche Minister, der vorher vor diesem Parlament unsere Haft und die Isolation als Folter bezeichnet hatte (Juli 1988). Natürlich beeilten sich die beiden amtierenden Untersuchungsrichter, diese Tatsache zu dementieren, und beteuerten, daß sie am Gesetz festhalten und es einhalten.

Offensichtlich ist das Prinzip also hohl und ohne jegliche Bedeutung für die politische Haft, die immer nur in und für die politische und administrative Abrechnung mit dem Antagonismus, dem revolutionären Klassenkrieg, benutzt wird.

Das Scheitern der Normalisierung unserer Haft ist allein auf das offensichtliche Wesen dieser Realität zurückzuführen.

In Fresnes sind wir in einer Sonderabteilung inhaftiert, die aus nur vier Zellen besteht, zwei davon für uns, die beiden anderen waren bis zum Ende des Sommers (1990) jeweils von einem D. P. S. (Gefangener mit besonderer Überwachung — Anm. d. Ü.) belegt, die auf ihre Verlegung in eine „Zentrale" warteten. Von Oktober 1989 bis September 1990 wurden auf diese Weise ca. zehn D. P. S. hier in mehr oder weniger kurzen Zeiträumen verschubt.

Für unsere Aufnahme wurden diese Abteilungen in ihren Strukturen und Regelungen verändert. Was eine Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen zur Folge hatte (wir kommen beim Hofgang nur raus und rein, wenn sonst alles andere Kommen und Gehen blockiert ist), Durchsuchungen (mit Abtasten vor und nach dem Hofgang, wenn wir woanders hingehen Körperdurchsuchung, also nackt, davor und danach), bis dahin, daß auf zwei Höfen die Stacheldrahtreihen verdoppelt wurden. Und dann tauchte natürlich — unter dem Mantel der Angleichung unserer Haft an eine vollständig abgesicherte „Normalität" — eine ganze Reihe von Einschränkungen und Verboten auf, die sich mit der Zeit vervielfacht haben.

In der Tat, solange sich die Untersuchungsrichter, die Richter der 14. Anti-TE-Kammer der Pariser Staatsanwaltschaft und der Sondergerichte, die alle in dem Bunker der Sections Spéciales (Sonderabteilungen) versammelt waren, mit Verboten, Einschränkungen und anderen Maßnahmen bis hin zur Totalisolation direkt in unsere Haftbedingungen einschalteten, beschränkte die Gefängnisverwaltung, genauso wie die Bü-

Fortsetzung auf Seite 7

Zur Situation der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) nach ihrem Hungerstreik

Der Kampf der politischen Gefangenen ist nicht beendet — Interview mit einer Angehörigen

Aus: Area Crítica, März/April 1991

Vor mehreren Tagen griffen verschiedene Medien die Nachricht auf, daß die Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) nach 14 langen Monaten Protest und Widerstand gegen die Wiedereingliederungspolitik der PSOE-Regierung gegen die Gefangenen aus dem Widerstand mit ihrem Hungerstreik aufgehört haben.

Mit dem Ende dieses Kampfes ergeben sich einige Fragestellungen, die allein von den Gefangenen geklärt werden können; aber man weiß ja, daß es nicht so einfach ist, durch die dicken Knastmauern durchzukommen, damit sie selbst das Wort ergreifen.

Deswegen ist die Area Crítica zu Elena Calcerrada gegangen, Schwester von zwei Streikenden und Mitglied der AFAPP. Wegen ihrer Nähe zu den Gefangenen dieser Organisationen wird sie uns zweifellos eine qualifizierte Meinung zu diesem Thema geben.

Ihr als Angehörige und Freunde der Gefangenen aus PCE(r) und GRAPO habt von Anfang an den Hungerstreik, den sie vor mehr als einem Jahr begonnen hatten, unterstützt ... Habt Ihr das Ende des Streiks jetzt erwartet?

Das wäre zuviel gesagt. Wir als Angehörige und Unterstützungsorganisation konnten nicht voraussagen, wann dieser Kampf beendet werden würde. Wir wußten von Anfang an, daß er sehr lang und hart sein würde, das schon. Zuerst für die Gefangenen und auch für uns als Angehörige und Organisation. Denn wir haben mit sehr schwachen Kräften gerechnet, und diese Schwäche brachte uns dazu, uns am Anfang ohnmächtig zu fühlen, um uns gegen diesen berechnenden und anscheinend allmächtigen Staatsapparat zu stellen.

Das auf der einen Seite, und auf der anderen, daß die Forderung der Gefangenen direkt die repressive Politik der Regierung angriff, waren Faktoren genug, um nicht mit einer schnellen Lösung zu rechnen. Wenn wir unter diesen Bedingungen etwas erwarten konnten, dann war es das, was dann auch passiert ist:

daß die Regierung alle ihre Waffen und tausend Handgriffe nutzt, um den Kampf zu verlängern, die Kapitulation der Gefangenen und die Entmutigung der gesamten Solidaritätsbewegung wollend.

Aber bedeutet das Ende des Hungerstreiks nicht in gewisser Form die Entwaffnung der Gefangenen und daß die Regierung jetzt den Druck auf sie verdoppelt?

Es gibt eine Sache, die sehr klar ist, und zwar, daß das Ende des Hungerstreiks nicht das Ende des Widerstands bedeutet, sondern nur, daß er andere Formen des Kampfes annimmt.

An eine ruhige Zukunft zu denken, ohne Kampf, wäre ein gefährlicher Traum, den wir uns nicht erlauben können, schon gar nicht in der jetzigen Krisensituation, der imperialistische Krieg am Golf und seine Konsequenzen für uns, wo die Regierung nicht mehr nur die politischen Gefangenen bedroht, sondern die gesamte Volksbewegung. Genau deswegen werden wir in der AFAPP nicht den Posten verlassen, sondern werden genau im Gegenteil weiterhin jede Ungerechtigkeit öffentlich machen und die Stimme der Gefangenen in allen kämpfenden gesellschaftlichen Bereichen einbringen. Denn nur in dem Maße, wie die Widerstandsbewegung des Volkes den Kampf der Gefangenen zu ihrem Kampf macht, werden wir nicht nur mit der Isolation und anderen Formen der Folter im Knast Schluß machen, sondern auch mit der Haft selbst. Denn die Ziele werden in dem Maße unvermeidlich größer, wie der Kampf vorangeht. So daß der Moment kommt, in dem es nicht mehr reicht, für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu kämpfen, sondern für ihre Befreiung. Das ist die Schlacht, die jetzt vor uns liegt.

Würdest Du denn das Ende des Hungerstreiks als Niederlage bezeichnen?

Das würde ich so nicht sagen. Ohne Zweifel ist das Ziel der Zusammenlegung nicht durchgesetzt worden, zumindest nicht im Moment. Aber nach diesem Kampf gab es viel mehr offene Fragen.

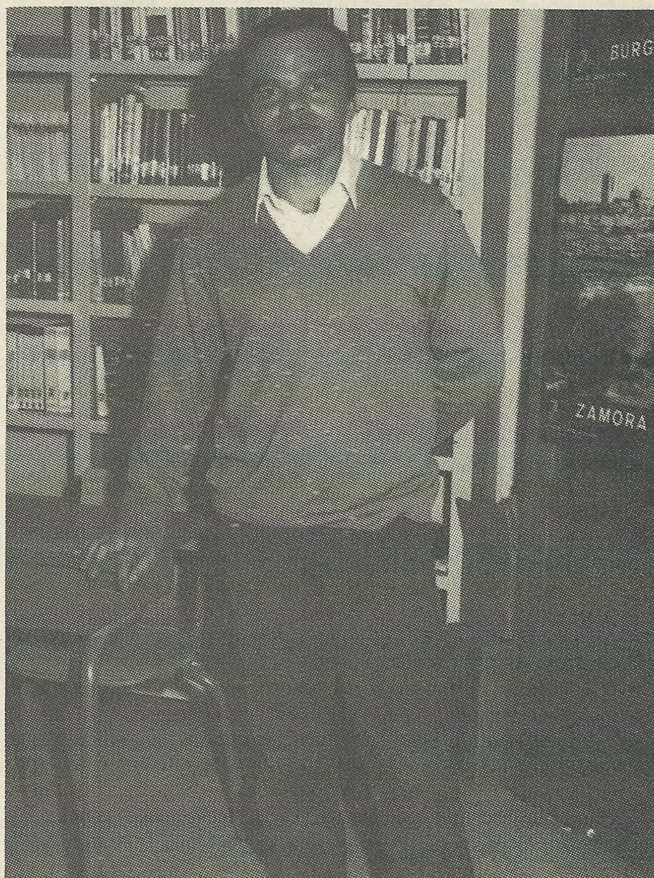
Die Regierung wollte mit der Zerstreuung und der Unnachgiebigkeit gegenüber dem Streik, daß die Gefangenen sich ohnmächtig einer nach dem anderen auf die Wiedereingliederung einlassen; dadurch, daß sie die Gefangenen als Geiseln benutzt, wollte sie ihre Organisationen draußen erpressen, damit sie entweder ruhig bleiben oder sich in einen selbstmörderischen Kampf stürzen. Und sie haben keines dieser Ziele erreicht. Wenn wir eine kurze Bilanz dieses Kampfes ziehen, würde ich sagen, daß es unsere Regierenden sind, die mehr in dieser Schlacht verloren haben, da sie sich der Weltöffentlichkeit nicht nur als Nazis bewiesen haben, sondern außerdem der ganzen Welt gezeigt haben, wozu und wem diese Demokratie dient.

Sie haben taube Ohren gegenüber so vielen Stimmen, die sich gegen ihre terroristische Politik erhoben haben, gehabt;

sie haben allen Medien das Schweigen aufgedrückt;

sie haben die Zwangsernährungs-Folter durch das Verfassungsgericht legalisiert;

sie haben José Manuel Sevillano umgebracht ...



Erster Jahrestag des Todes von José Manuel Sevillano („Sevi")

Sicher haben die Gefangenen einen sehr hohen Preis gezahlt: das Leben von Sevi und irreversible Schäden bei dem größten Teil der Gefangenen, aber den politischen und moralischen Sieg über ihre Feinde nimmt ihnen niemand. Die Unterstützungsbewegung der Gefangenen war Zeuge von dem, was ich Dir sage. So wie in diesem Kampf ist noch nie eine so breite Mobilisierung noch ein so hoher Grad der Einheit mit anderen Organisationen erreicht worden. Und das sowohl innerhalb wie außerhalb unserer Grenzen. Und diese Annäherung und Lebendigkeit, die der Internationalismus bekommen hat, ist zum großen Teil Frucht des Kampfes der politischen Gefangenen, das stelle ich nicht in Frage.

Was ist an den Verhandlungen dran, von denen kürzlich in der Presse gesprochen wurde?
Absolut nichts. Es ist noch ein polizeilicher Handgriff mehr. Sowohl die Gefangenen wie auch ihre Organisationen haben viele Male gesagt, daß die Regierung, wenn sie echte Absichten hätte, etwas zu „verhandeln", das mit Gesten in diesem Sinne beweisen muß, wie z. B. indem sie alle in einen Knast zusammenlegen und diejenigen rauslassen, die sehr krank sind und nach geltendem Recht frei sein müßten, indem sie aufhören, militante Kommunisten festzunehmen, nur weil sie militante Kommunisten sind, indem sie aufhören, die gesellschaftlichen Bereiche zu unterdrücken, die sich für ihre Rechte mobilisieren etc. etc.

Im Moment tun sie das nicht, und ich kann Dir versichern, daß es keinen Zusammenhang zwischen dem Ende des Streiks — der auf eine Änderung in der Strategie des Kampfes der Gefangenen für ihre Rechte zurückzuführen ist — und den Polizeikontakten, von denen in der Presse berichtet worden ist, gibt. Diese waren später und sollten nur die Stimmung der Gefangenen sondieren.

Solidarität mit den Gefangenen!

Um den Gefangenen nach ihrem langen Streik bei der Wiedergesundung zu helfen, hat die AFAPP eine Geldsammelkampagne initiiert.

Spenden können auf das Konto No. 4713-2 (Candelas del Pino) bei der Banco Bilbao Vizcaya eingezahlt werden.

Brief an eine Anwältin zur Situation der Gefangenen

Hamburg, den 14. Mai 1991

Hallo,
wir möchten gerne in unserem Angehörigen-Info wieder etwas zur aktuellen Situation der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) veröffentlichen. Wir haben allerdings kaum Informationen, weshalb wir Euch auf diesem Weg ein paar Fragen schicken:

1. Wie geht es den Gefangenen gesundheitlich? Hat sich überhaupt schon irgendein Gefangener von dem langen Hungerstreik körperlich erholt?

2. Wir haben gehört, daß es einigen Gefangenen weiterhin sehr schlecht geht (Herzstillstand, Korsakow-Syndrom ...). Könnt Ihr uns dazu Genaueres sagen?

3. Wie sehen jetzt — nach Ende des Streikes — die Haftbedingungen aus? Hat sich etwas verbessert oder verschlechtert? Gibt es Gefangene, die sich sehen können, oder sind alle isoliert?

4. Gibt es von Gefangenen Briefe oder Erklärungen zu ihrer Situation und zu ihrer Entscheidung, den Streik abzubrechen? Wir würden natürlich gerne etwas veröffentlichen, was von den Gefangenen selbst kommt. Es ist das Authentischste.

5. Wie reagieren jetzt — nach Ende des Streikes — die Medien, wie die Öffentlichkeit auf die Situation der Gefangenen bzw. die Unnachgiebigkeit der spanischen Regierung? Gibt es irgendwelche Bewegung?

6. In der „El Mundo"-Ausgabe vom 15. März erschien ein Artikel: „Der ‚Camarada Arenas', höchster Führer der GRAPO, bereit, sich der Polizei zu stellen. Wenn akzeptiert wird, die Gefangenen dieser Organisation in einem Gefängnis zusammenzulegen."(1) Abgesehen davon, daß Manuel Pérez Martínez nicht der „höchste Führer der GRAPO" ist, meint ihr, an den Informationen in dem Artikel ist irgendetwas dran? Sicherlich eine schwierige Frage, da Ihr Anwälte und nicht Militante der PCE(r) seid. Aber vielleicht könnt Ihr uns sagen, ob dieser „Vorschlag" in irgendwelchen Medien vollständig und authentisch veröffentlicht wurde bzw. ob er in der Öffentlichkeit und der Solidaritätsbewegung diskutiert wird?

Neben diesen Fragen schicken wir Euch und insbesondere den Gefangenen natürlich ganz ganz liebe Grüße von uns, der Anghörigen-Info-Redaktion, und von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD insgesamt.

Bis bald.

(1) „Camarada Arenas" ist Generalsekretär der PCE(r) und befindet sich in Paris im Exil.

Die Antwort

Liebe Genossen,
ich will Euch kurz erzählen, wie die aktuelle Situation bei den Gefangenen aus der PCE(r) und den GRAPO aussieht, und so Eure Fragen beantworten:

1. Die Ärzte haben uns mitgeteilt, daß Erholung ein Jahr dauern wird. Diejenigen, denen es besser geht, haben Probleme mit dem Magen und Schwäche in den Knochen etc.

2. Schlechter geht es Milagros Caballero Carbonell, Juan Manuel Pérez Hernández, Sebastián Rodríguez Veloso, Ramón Foncubierta Ariza und Luís Cabezas Mato; sie sitzen im Rollstuhl, können sich nicht hinstellen; sie brechen alles wieder aus, was sie zu sich nehmen; sie haben Probleme mit den Augen, mit ihrem Blutdruck etc.; einer erlitt einen Herzstillstand (Juan M. Pérez), und eine leidet unter dem Korsakow-Syndrom (Milagros). Das sind Beispiele. (Das Korsakow-Syndrom führt zu Sehstörungen, Schwindel und Stabilitätsproblemen, außerdem zu Störungen in Konzentration und Merkfähigkeit, was bis zur Desorientierung gehen kann — Anm. d. Ü.)

3. Die Bedingungen in den Gefängnissen haben sich nicht geändert. In den Krankenstationen ist die Behandlung allerdings besser geworden. Sowohl die Beamten als auch die anderen Gefangenen respektieren sie inzwischen sehr viel mehr und erkennen ihren Kampfesmut an. Es gibt ein paar, die zusammen sind, wie sie es schon vorher waren, zum Beispiel in Badajoz, aber die meisten sind isoliert, die Zensur geht weiter, die Besuche werden erlaubt.

4. Ich schicke Euch ein paar Briefe von den Gefangenen.

5. Die Presse sagt gar nichts. Die Angehörigen machen Besuche, um zu sehen, wie es den Gefangenen geht. Sie versuchen jetzt, daß diejenigen, denen es am schlechtesten geht, freigelassen werden. Es hat eine Ausstellung von Arbeiten gegeben aus der Zeit, wo sie zusammen waren.

6. Was die Information aus der „Mundo" betrifft: Wenn etwas dran ist, dann, daß vor dem Angebot der Regierung, für das die Gefangenen aufgeben sollen, die Initiative ergriffen wurde, sie solle sie als Beweis des guten Willens freilassen; er würde sich anbieten, aber nur, um zu demonstrieren, daß es nur Worte sind, und selbstverständlich nicht in der Absicht, von ihren Prinzipien loszulassen. (Niemand glaubte das.)

Vielen Dank für Eure Solidarität. Eine Umarmung
Paca

Bief von Olegario Sánchez Corrales

Alicante, 5.5.1991

Liebe Paca,
Donnerstag, am 2., kamen sie zu mir mit dieser Geschichte des 2. Grades (1), ich sollte den Antrag unterschreiben. Ich will Dir zu dieser Sache schreiben, was Du noch nicht weißt.

Ich denke, als Minimum ist ist es ratsam, es in der Presse öffentlich zu machen, damit sie es in Anbetracht ihrer Fähigkeit, die sie auf solche Tricks verwenden, überhaupt erst gar nicht so benutzen können, als sei ich dabei, wiedereingegliedert zu werden; normalerweise ertrage ich vieles gleichgültig, aber so etwas bringt mich zum Platzen, hier was in Richtung Troya zu inszenieren.

Ich meine, was öffentlich gemacht werden muß, ist, daß all das mit den Graden Teil der Strategie des schmutzigen Krieges ist, den sie eingeschlagen haben, um uns zu vernichten; schließlich haben sie mit der Auseinanderlegung nichts erreicht. Über die Aufteilung in diese Grade, die im übrigen für die „Ausgezeichneten" die Situation hier überhaupt nicht verändern, wollen sie sich eine Legitimation verschaffen, es auf die harte Tour gegen alle durchzuziehen und die GAL (2) in den Gefängnissen zum Funktionieren zu bringen. Das Spiel ist sehr klar abzusehen,

und ich denke, wir sollten es auf keinen Fall zulassen, ohne alles zu tun, was in unserer Hand liegt, es offenzulegen.

Es ist doch klar, daß sie auf uns Gefangene mit solchen plumpen Spielchen keinen Eindruck machen, ebensowenig auf die Bewegung, doch wenn sie ihre Scheiße mit derartigen Unverschämtheiten verbreiten, muß man ihnen soweit wie möglich die Möglichkeit nehmen, die Öffentlichkeit auf diese Weise zu vergiften.

Der Erzieher brachte eine ungeheure Beharrlichkeit auf, mich davon zu überzeugen, daß ich das Recht auf Urlaub habe und ich ihn nur noch beantragen müßte. Wenn sie meinen, sie könnten mir mit diesem Angebot den Mund wässerig machen, tun sie es ganz offen. Wenn sie — so absurd das ist, aber mal angenommen — bis zu dem Extrem gehen würden, mich auf die Straße zu lassen, um in unserem Zusammenhang ein Ergebnis zu präsentieren, und obgleich sie andererseits wissen, daß sie nichts erreichen werden — dann würde es mich meinerseits nicht stören, irgendwelche Ketzereien für den bewaffneten Kampf zu begehen, bzw. würde ich dazu neigen, dem ersten Uniformierten mit Mütze, dem ich begegne, die Nuß zu knacken. Alles ist besser, als von ihnen als Reuiger präsentiert zu werden, auch wenn es sich ihrerseits ja nur um eine Montage handelt.

Nun weißt Du also, was los ist, und ich wollte Dir nur mitteilen, daß ich auch unter den Auserwählten bin. Empfange eine sehr starke Umarmung.

Olegario Sánchez Corrales
Politischer Gefangener aus den GRAPO

(1) Es gibt verschiedene Grade, in die die Gefangenen nach ihrer „Gefährlichkeit" eingeteilt werden. Das entspricht dem sog. Wiedereingliederungsplan.
(2) Die GAL ist eine parapolizeiliche Geheimdiensttruppe, die vor allem im Baskenland schon zahlreiche baskische Flüchtlinge umgebracht hat.

Brief an die Öffentlichkeit

Ihr wißt, daß der Hungerstreik zu Ende ist. Wir haben unser Endziel: die Zusammenlegung nicht erreicht. Diesen Kampf zu beenden, hieß nicht, daß es ein Mißerfolg war (wir alle wissen das), politisch war er ein Erfolg.

Einmal mehr haben wir diese tönende „Demokratie" vorgeführt. Sie ist nichts weiter als der verdeckte Faschismus, und ihr „Rechtsstaat" ist nichts weiter als der schmutzige Krieg, den sie gegen die revolutionäre Bewegung führen.

Materiell hat unser Kampf — der Hungerstreik — sein Endergebnis nicht erreicht. Aber wir sind nicht gescheitert. Wir haben Bewußtsein geschaffen, wo geschlafen wurde. Wir haben Türen geöffnet, wo sie geschlossen waren. Wir haben eine ganze, national wie international sehr große Bewegung geschaffen, das ist sie, eine Solidaritätsbewegung mit Unterstützung aller.

Die Regierung war nicht bereit, uns unsere Rechte zu geben, das heißt, ein Kollektiv zu machen und würdevolle Lebensbedingungen in den Gefängnissen herzustellen. Wie wenn das Volk auf der Straße seine Rechte einfordert und diese mit Füßen getreten werden und mit der brutalsten Repression geantwortet wird; wir politische Gefangene sind da nicht außen vor, wir sind untrennbarer Teil des Volkes, ihre Repression (die der PSOE) wird sich auf uns stürzen (sie haben niemals aufgehört, uns zu unterdrücken), mit dem Ziel, daß wir aufgeben.

Aber das haben sie nicht erreicht (noch werden sie es erreichen). Sie sind auf eine sehr viel stärkere Mauer gestoßen als die Mauern, in die sie uns eingeschlossen haben; sie sind auf unseren Widerstand gestoßen.

Den Hungerstreik zu beenden, wurde beschlossen, weil wir schon an einen Punkt gekommen waren, wo wir sahen, daß „unsere" Regierenden mehr Tote (mehr Ermordete) auf den Tisch haben wollten. Wir waren nicht bereit, diesen Preis, den sie wollten, zu zahlen.

Nun stehen wir vor einer neuen Etappe des Kampfes. Unsere Forderung steht nach wie vor: Zusammenlegung. Dafür werden wir weiter kämpfen, und wir werden sie erreichen, daran haben wir keinen Zweifel.

Die neue Etappe besteht darin, Kräfte zu sammeln.

Alle GenossInnen befinden sich noch in der Phase der „Erholung". Ich setze das in Anführungszeichen, da dieselben Ärzte, die „die Güte hatten", unser Leben mit Zwangsernährung zu „retten", sich jetzt weigern, uns die entsprechenden Mittel und Behandlungen zu beschaffen. Sie benutzen sie — die Erholung — (mit der Genehmigung der „Justiz"- und Innenministerien) als eine Strafe für unsere Haltung, diese quälenden Normen und die Auseinanderlegung abzulehnen.

Wir brauchen heute mehr denn je alle Teile des Volkes, damit alle Gewalttätigkeiten ein für alle Mal aufhören, denen wir politische Gefangene in den „demokratischen" Gefängnissen unterworfen werden: Isolation, Provokationen, weiße Folter (diese Folter hinterläßt am Körper keine Zeichen, um so mehr psychisch . . .). Letzten Endes, damit unsere Rechte geachtet werden, damit wir als Menschen behandelt werden . . ., würdevolle Lebensbedingungen in den Gefängnissen schaffen. Nichts weiter.

Ana María García Rueda
Politische Gefangene aus den GRAPO
Carabanchel — 7. Mai 1991

Die Zukunft

Ihr könnt uns auseinanderlegen
Ihr könnt uns isolieren
ihr könnt uns von unseren Familien fernhalten
ihr könnt uns unsere Rechte nehmen
Ihr könnt uns leiden lassen
Ihr könnt uns anbinden
Ihr könnt uns sonden
Ihr könnt uns foltern
Ihr könnt uns ermorden

Ihr könnt, Ihr könnt . . . so viele Dinge tun, Dinge, die nur Ihr tun *könnt*. *Alles* im Namen der *„Demokratie"* und für die *„Demokratie"*. Was Ihr aber nicht tun *könnt* (wenn es auch hinter dem steht, was Ihr tun *könnt*), ist, *uns zu beugen, uns zu bezwingen, uns zum Abschwören zu bringen* . . . das schafft Ihr nicht. Eure *Macht* dort stößt auf unseren *Widerstand*. *Widerstand*, der viel stärker ist als Eure *Macht*, als Eure Betonmauern, in denen Ihr uns gefangenhaltet. Unsere Mauer aus *Widerstand* vermögt Ihr nicht zu durchbrechen, denn wir sind gut bewaffnet, nicht mit Zement, sondern mit unserem Vertrauen in die *Zukunft*. Eine *Zukunft* aus *offenherzigen Hoffnungen*, wo es keine Trennungen, keine Ferne gibt, sondern *Nähe*; wo es kein Anbinden, keine Sonden gibt, sondern *Freiheit*; wo es kein Leiden, keine Morde gibt, sondern *rote Blumen*; wo es keine Unterdrückung gibt, keine Ausbeutung, sondern *Lachen, Küsse, Umarmungen, Liebe, Glück* . . .

Eine *Zukunft*, die wir ganz ergriffen haben und die wir nach und nach, Schritt für Schritt erreichen werden.

Um *sie* zu erreichen, wissen wir, müssen wir durch all das hindurch, nicht nur wir hier im Gefängnis, auch draußen gibt es *die Trennungen, die Isolation, nehmen sie Euch Eure Rechte, lassen sie Euch leiden, foltern sie Euch, ermorden sie Euch* . . . Eure Familien, wollen sie Euch *zum Aufgeben bringen, Euch brechen* . . . mit Eurem *Widerstand* Schluß machen.

Deshalb muß heute mehr denn je weiter *Widerstand geleistet und gekämpft* werden, um diese *Zukunft* zu erreichen, die sie uns verweigern, nach der sich alle sehnen und die uns *gehört*.

Ana María García Rueda
Politische Gefangene aus den GRAPO
Carabanchel — 29.3.91

Brief von Rosario Narváez

In diesen Tagen haben wir von der Freilassung eines unserer Genossen erfahren: Teixelo.

Wie sehr können wir uns die Freude vorstellen, die seine Angehörigen, seine Freunde . . . empfunden haben, als sie ihn in die Arme schließen konnten, und das schöne Gefühl, nach Verlassen dieser Hölle, Gefängnis der spanischen „Demokratie" genannt, umarmt und geküßt zu werden.

Aus einer Zeitungsecke erreichte uns die Nachricht, und sie war wirklich zum Lesen: Sie sagte, daß er *neun Jahre* (!) im Gefängnis war, von denen er fast *eineinhalb Jahre* (!) im Hungerstreik war. Wer das liest und immer noch Zweifel hat, daß wir nicht die Terroristen sind, hat sie

entweder, weil er nicht anders will, oder weil er einer von denen ist, die uns täglich diesen Beinamen geben, um sich im Angesicht der *Geschichte* von Schuld und Vorwürfen freizusprechen.

Die „einfache" Tatsache, für die „einfachen" Ziele: *Würdevolle Lebensbedingungen und Zusammenlegung* (klare Ziele eines jeden Gefangenen, der wegen seiner politischen Opposition gegenüber einem konkreten politischen und ökonomischen System im Knast ist) fast *eineinhalb Jahre* (!) im Hungerstreik zu sein, zeigt schon, was wirklich dran ist an jener „Reform", die von der Finanzoligarchie und den Militärs nach dem Tode Francos in die Tat umgesetzt wurde.

In Anbetracht unserer Beharrlichkeit, den Sieg zu erreichen, hat die Regierung sich in diesen 15 Monaten, die der Hungerstreik gedauert hat, in der Notwendigkeit gefunden, ein weiteres Mal den ganzen Apparat aus Vorspiegelungen beiseite zu lassen, den sie so gerne leuchten lassen, um irgendwie das nicht zu rechtfertigende, folternde, alte und abgenutzte Gerät der Riemen — wie sie sie selbst nennen — an den Handgelenken und Fußknöcheln eines Mannes und der Frau zu rechtfertigen.

Es gibt etwas, was heute niemand bestreiten kann: Wenn eine Klasse von Menschen eine andere Klasse von Menschen in Ketten legt, dann geschieht das natürlich, um *sie zu unterdrücken*.

Der einzige Unterschied ist, daß, wenn wir von den Fesseln und der Zwangsernährung während des Hungerstreikes reden, es sich anstelle von Ketten um resistente Lederriemen handelte. Die Unterwerfungsabsicht ist *offenkundig*.

Um unser Leben zu retten, sagen sie, machen sie es, und unterdessen sterben in denselben Gefängnissen die Leute an Tuberkulose, Hepatitis, Aids . . .

Um unser Leben zu retten, sagen sie, machen sie es, wo wir doch den Hungerstreik beginnen mußten, weil hinter der Politik der Auseinanderlegung eine umfassende langsame und kontinuierliche Politik der Vernichtung steht. Wenn wir zu dieser heiklen Methode des Kampfes greifen mußten, dann deshalb, um gerade aus diesen Kerkern herauszukommen (die jedes „gute" spanische Gefängnis besitzt), wo sie diesen Isolations- und Vernichtungsplan umsetzen wollen.

Um unser Leben zu retten, sagen sie, fesseln sie uns an das Bett einer Krankenstation im Gefängnis, und nun erfahren wir mehrheitlich am eigenen Fleisch, daß die Erholung nach einem so langen Hungerstreik nicht die gleiche Bedeutung verdient, wie uns über lange Zeiträume Nasen-Magen-Sonden und Seren aufzuzwingen. Dieselben Ärzte, die uns einer Intensivbehandlung „wundertätiger" Zwangsernährung unterworfen haben (in einigen Fällen sind sie soweit gegangen, uns täglich bis zu 2000 chemische Kalorien per Sonde einzuflößen), wobei sie sich an ihre ärztlichen „Deontologien" und Kodexe klammern, in denen sie das Leben angeblich als „grundlegend" ansehen. Diese Ärzte, sage ich, sind es jetzt, die uns in den Krankenstationen gesundschreiben, ohne für unsere Erholung zu sorgen, und die Genehmigung erteilen, uns direkt in diese Isolationszellen zurückzubringen, wo, um sich hier aufzuhalten, die minimalsten Bedingungen fehlen. Von hier aus schreibe ich Euch.

In einem direkten Komplott mit den Innen- und „Justiz"-Ministerien — ganz auf der Linie der Vernichtungspolitik gegen uns — machen diese Ärzte aus der notwendigen Erholung eine weitere Strafe. Eben weil wir uns so offen gegen die Integration in eine Hölle stellen, die Gefängnis der spanischen „Demokratie" genannt wird, von wo aus sie versuchen, unsere *Widerstands*fähigkeit als politische Gefangene zu vernichten.

Einen revolutionären Gruß aus dem Gefängnis, wo wir weiterhin für die Würde und die Einheit kämpfen!

Rosario Narváez
Politische Gefangene aus den GRAPO
Gefängnis von Carabanchel-Frauen

Offener Brief zum ersten Jahrestag der Ermordung Sevis

Liebe Genossen, ich schreibe Euch aus einer Isolations- und Strafzelle des Vernichtungsgefängnisses von Carabanchel, denn es ist inzwischen ein Jahr vergangen seit dem gemeinen Mord an unserem geliebten *Sevi*. Seit einem Jahr schon sehen wir ihn nicht mehr bei uns, mit einem Lachen für uns, wie mir vor ein paar Tagen ein italienischer politischer Gefangener in seinem Brief schrieb, der ihn kennengelernt hatte, in dem Gefängnis, in das sie *Sevi* steckten, weil er sein Volk befreit sehen wollte von falschen Wahlkampagnen, korrupten Regierenden, Arbeitslosigkeit, Drogen, Mafias, Elend und Hunger.

Wir sehen ihn nicht mehr, hören nicht mehr seine Stimme, denn sie haben Sevi nach fünf Monaten furchtbarer Agonie getötet.

Viele von Euch, die Ihr diesen Brief lest, kennen ihn bestimmt persönlich; mit ihm konntet Ihr sprechen von den Arbeiten, die am Hauklotz verrichtet wurden, in der Nachlese, in der Bibliothek, im Kulturkollektiv, im Kollektiv der Tagelöhner, im Anti-NATO-Kollektiv und in den verschiedenen Kämpfen, die in Marchena organisiert wurden, immer in stillschweigender Arbeit, ohne den Protagonismus zu suchen, wie er die Organisierung der jährlichen Kampagnen zur Alphabetisierung der Erwachsenen vorantrieb, Arbeiter- und Volkswettbewerbe organisierte, um diese individualistische, falsche und dekadente Kultur, die uns der Kapitalismus aufzwingen will, stärker zu isolieren.

Er konnte erzählen von dem schlechten Leben der Tagelöhner und von den Plänen, die die Regierung (faschistisch) ihnen aufzupressen versucht, um aus jeder Tagelöhnerin, jedem Tagelöhner einen Rentner von 20 Jahren zu machen, einen erbärmlichen Abfallsucher an den Straßenecken. Er konnte Euch erzählen von der Notwendigkeit und der Bedeutung, *organisiert* zu sein.

Er würde Euch von der Notwendigkeit erzählen, *Widerstand zu leisten* gegen alles, was diese Regierung, die vorgibt, „demokratisch" zu sein, uns mit Gewalt aufzwingt.

Er würde Euch aufrichtig, einfach, menschlich . . . von seiner Erfahrung als militanter *Kommunist* erzählen . . . aber Sevi *haben sie umgebracht*.

Sevi haben sie umgebracht, aber Sevi sagte mit seinem Tod alles. In diesen fünf Monaten revolutionären Hungerstreiks sprach er aus dem Krankenhaus, aus dem Gefängnis . . . noch als er ans Bett gefesselt war, wie man nicht einmal ein Tier festbindet.

Sevi sprach so viel in diesen neun Tagen, in denen sein Körper nur noch aus Knochen bestand, blaß, ohne Bewußtsein in dem Bett einer Intensivstation: Er sprach von der folternden Agonie, der sie ihn bis zur letzten Sekunde aussetzten.

Diese Stille war ein ungeheurer zerreißender Schrei der *Anklage* und praktischen Demonstration, was diese Regierung, die sich „sozialistisch" und „Arbeiter"-Regierung nennen läßt, mit uns, mit den politischen Gefangenen macht.

Es war eine energische Anklage dessen, wozu sie fähig sind und wie weit sie gehen, wenn jemand zu ihren Vernichtungs- und Demütigungsplänen *nein* sagt, wenn jemand zu ihren Abschwörungsplänen *nein* sagt, dazu steht, entschlossener Tagelöhner-Kämpfer zu sein, und wenn er bis zur letzten Sekunde *ja* sagt zu seiner *Vergangenheit*, seiner *Gegenwart* und seiner *Zukunft*.

Sevi sagte alles, was er zu sagen hatte, und er mußte noch lachen bei dem Gedanken an einen einfachen und schlichten Tagelöhner wie er, der in der Lage gewesen ist, eine ganze Vernichtungspolitik an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen, ihnen so viel Nervosität, soviel Ohnmacht zu bereiten; er mußte noch lachen, als er sah, daß seine Anstrengung und sein Leben nicht vergebens waren, daß seine Anstrengung von so vielen Menschen anerkannt wurde, die gerade er in den Kampf führte.

Das ist unser großer Erfolg! Sevi ist unter uns! Für die Einheit drinnen und draußen! Liebe und Kraft

Rosario Narváez
Politische Gefangene aus den GRAPO
Carabanchel

Fortsetzung von Seite 2

rokraten des „Place Vendome", wie Frau Imbert-Quarette und Hobert Bonaldi von der Regionaldirektion oder unmittelbarer noch die jeweiligen Anstaltsleiter, ihr Eingreifen auf die — natürlich restriktive — Interpretation der Anweisungen, die ihnen für alles, was unsere Haft betrifft, gegeben wurden. Die Gefängnisverwaltung konnte dem nicht viel hinzufügen, sie konnte keine neuen Maßnahmen gegen uns erproben.

Aber nach und nach sollte sich das ändern, einerseits, weil der Untersuchungsrichter J. C. Vuillemin — der als einer, der sich wie kein anderer der Macht unterwirft, in Bereitschaft stand — zum Berater für Sonderangelegenheiten im Kabinett des Justizministers (im April 1990) befördert wurde und er durch den Untersuchungsrichter R. Leloire, der Anhänger der Normalisierung ist, ersetzt wurde; während andererseits — dank des Tricks mit unserer „vorläufigen technischen Freilassung", die von der Anklagekammer im September 90 verkündet wurde und die gemäß ihrer Schlußfolgerung durch unsere erste Verurteilung zu lebenslänglich sowie einer festgelegten Sicherheitsperiode von 18 Jahren (was verschärfte Haftbedingungen für 18 Jahre bedeutet — Anm. d. Ü.) zulässig war — die definitive Vertreibung des Untersuchungsrichters J. L. Bruguière stattfinden konnte, dieser Vorkämpfer für den „Notstand", den die Macht heute als überholt erachtet.

Also, durch den Ausweg mit dieser Pseudonormalisierung sollte die Rolle der Gefängnisverwaltung seit Anfang des letzten Herbstes bei der Regelung unserer Haft gestärkt werden und daher eine „besondere" Individualisierung erproben können.

Nicht zufrieden damit, uns vom übrigen Teil des Gefängnisses zu trennen, wie es seit fast einem Jahr in dieser Abteilung der Fall war, hat sich diese Isolation zunehmend verschärft durch die Auswahl der Zusammensetzung und der Persönlichkeit der Gefangenen, die mit uns in Kontakt gebracht werden. Sie mußten jeden Kontakt mit den D. P. S., selbst mit Durchgangsgefangenen aus Gründen der Sicherheit, ausschalten sowie andere Gefangene suchen, um sie wegen der „Normalisierung" mit uns zusammenzubringen.

So dienen die beiden anderen Zellen heute zur medizinischen und zur besonderen psychiatrischen Überwachung. (1)

Es ist klar, daß die vier Gefangenen, die heute bei uns sind und ständig in einer chemischen Zwangsjacke stecken — darunter Neuroleptika morgens und abends —, wegen ihres Zustands nie zum Hofgang gehen. Wochen vergehen, ohne daß wir sie sehen, und wenn wir ihnen begegnen, machen ihre zusammenhangslosen Äußerungen jegliche Kommunikation unmöglich.

Tatsächlich ist aus unserer Sonderabteilung in 18 Monaten mit wechselnden Erfahrungen zwischen Normalisierung und Sicherheit eine Abteilung zur medizinischen Behandlung und Psychiatrisierung geworden.

Das also verstehen die Technokraten des „Place Vendome" unter unserer Normalisierung. Klar, in dieser Atmosphäre von Strebertum, Hamsterei und Konformismus, in der sie schmoren, fällt die Tatsache, für die Autonomie des Proletariats und für die Volksdemokratie zu kämpfen, die Tatsache, daß wir kommunistische Militante sind, in den Bereich von Quarantäne und Weißkitteln.

Wütend darüber, daß sie uns nicht in ihre Normalität reinbringen konnten, und weil sie sich weigern, die Motivationen all unserer Handlungen, unseres Lebens als Politik zu sehen, sind sie dazu übergegangen, uns als Anormale zu behandeln . . . diese Angewohnheit benutzen und nehmen alle Totalitarismen an, das kennt man schon. Und, um das vielleicht noch wirksamer zu machen, wird dieser Versuch der Psychiatrisierung seit Anfang des letzten Herbstes von neuen Einschränkungen und Provokationen bei der Zensur unserer Korrespondenz begleitet.

Also, während der vier Jahre, die wir als Gefangene fast immer in Fresnes verbracht haben, wurde die Weitergabe der Post — der französischen sowie der in anderen Sprachen — im allgemeinen um zwei zusätzliche Wochen verzögert, wegen ihres Umwegs über die Sonderabteilungen. Seit Juni, mit Leloire, wurde die Weitergabe vereinfacht und verkürzt. Die Post wurde hier direkt zensiert und für die Sonderabteilungen und andere Archive fotokopiert. Aber seit Oktober unternahm die Gefängnisverwaltung eine wahre Kampagne von Provokationen, indem sie systematisch jegliche Post in ausländischer Sprache zurückhielt, mit der Begründung, sie müßte angeblich übersetzt werden (z. B. dauerte es mehrere Wochen, eine einfache Postkarte von einer gefangenen Genossin zu übersetzen), und das galt sowohl für die Post nach als auch von draußen. Während gleichzeitig, mit Hilfe eines Beschlusses, den sie aus der „Notstands"periode von 1986 hervorholten und der nicht mehr angewandt worden war, die Zensur bei dem geringsten kopierten Papier oder Zeitungsausschnitt zuschlägt.

Vor kurzem tauchte ein neuer Beschluß auf, der zu den vielen anderen dazukommt, datiert von 1984, der „gemäß der Persönlichkeit des Gefangenen" auf Anordnung von Karsensty selbst — ehemaliger Linker, dann Sicherheitschef für die Knäste und seit November neuer Direktor der Gefängnisverwaltung — angewandt werden soll; dieses Mal mit dem Ziel, den Bezug von Zeitungen, Wochenzeitschriften und allen anderen regelmäßig erscheinenden Zeitungen zu regeln. (2)

Klar, das Ziel dieses Manövers richtet sich nicht nur darauf, den Bezug oder gar den Austausch von Zeitungen, Artikeln, Broschüren etc. von Knast zu Knast zu behindern . . . und damit die Kontrollfunktion der Gefängnisverwaltung auszuweiten. Es ist auch der Versuch, jegliche Zeitschrift in ausländischer Sprache der einzigen — natürlich französischen Norm —, die die Gefängnisverwaltung mehr oder weniger billigt bis anerkennt, zu unterwerfen; jenseits von Recht und Gesetz wohlverstanden, denn für die Bürokraten der Gefängnisverwaltung sind „Il Bolletino" z. B., eine absolut legale Zeitschrift in Italien und überall in Europa, oder gar „Rebelles", das Organ der Copel — die von der Gefängnisverwaltung schon als klandestine Organisation angesehen wird — (Copel ist eine Knastgruppe — Anm. d. Ü.), in der Haft verboten.

Der politische und sogar faschistische Charakter der Maßnahmen, die dieses neue Rundschreiben einführt, ist vollkommen klar. Ein Labyrinth aus Vorschriften und Dienstanweisungen hat einen ganzen Komplex von Hindernissen aufgebaut, die es oft unmöglich machen, Unterlagen zu bekommen, sowohl damit wir uns informieren können, als auch weil sie für unsere nächsten Prozesse und allgemein wichtig sind. Und ohne genauer zu erwähnen, was diese politische Zensur an Hindernissen für ein Minimum an sozialen Beziehungen aufbaut. Und diese Methoden beruhen ebenso auf Gesetzen (zahlreiche Paragraphen über das Recht auf Verteidigung in der Strafvollzugsordnung) wie auf Artikel 11 der Menschenrechte: „die zu seiner (des Gefangenen) Verteidigung notwendigen Rechte sollen für ihn sichergestellt werden" und der Verletzung dieser Gesetze. Es ist also wichtig zu unterstreichen, daß die Gefängnisverwaltung und die Direktion von Fresnes — wie die von Fleury für unsere Genossinnen — voll und ganz zu Entscheidungsträgern werden darüber, was „unsere Verteidigung" sein soll und was wir zum Ausdruck bringen sollen, da sie die Auswahl treffen zwischen dem, was nützlich und dem, was unnütz für unser Eingreifen sowohl im Prozeß als auch ganz allgemein ist. Wobei sie von der ganz besonderen Sichtweise ausgehen, die die verschiedenen Direktoren und andere verantwortliche Bürokraten haben.

Es ist klar, daß diese besondere Sichtweise nicht dabei stehenbleibt, sondern offensichtlich alles berührt, was mit der direkten Kommunikation mit draußen zusammenhängt. Und das reicht bis zu den Besuchen, die kürzlich bewilligt wurden, nach mehr als drei Jahren Besuchsverbot (nur die Eltern hatten ein Recht darauf). Und wenn auch einige Besuchsgenehmigungen seit September bewilligt wurden, galt das nur für einige von uns.

Eine Sichtweise, die sich mit einem Großteil an Willkür und Provokationen mehr oder weniger auf alle Menschen ausweitet, die „kriminell genug" sind, mit uns in Kontakt zu stehen — und natürlich sind auch da die Parameter der Normalisierung und die Zwänge der berühmten Sicherheit. Unsere BesucherInnen werden besonderen Überwachungs- und Kontrollbedingungen unterworfen, sowohl drinnen als auch draußen. Was z. B. zu dem geführt hat, was drei unserer BesucherInnen Anfang Februar geschehen ist, als sie bei der Rückreise von den Besuchen an der französisch-deutschen Grenze minutiös durchsucht wurden.

Nach ihrem eigenen Bericht: „Das Auto wurde von hinten bis vorne durchsucht, sämtliche Gepäckstücke eingehendst kontrolliert, alle mußten sich nackt ausziehen, die Kleidung wurde minutiös untersucht, Schriftstücke — Briefe von den Gefangenen, Besuchserlaubnisse, Flugblätter zum Golfkrieg — wurden kopiert. Als Begründung gaben sie an: Kontrolle auf Rauschgift. Unmittelbar vor uns hatte ein Auto mit französischem Kennzeichen gehalten, das uns kurz vor der Grenze überholt hatte. Der Fahrer wartete so lange, bis ein Grenzpolizist herauskam (das war ein Deutscher), sprach kurz mit ihm, darauf kam ein französischer Grenzpolizist, mit dem er auch kurz sprach, und fuhr davon. In der Grenzwache hielten sich mehrere Polizisten in Zivil auf, mit denen wir allerdings nie direkt zu tun hatten. Alle unsere Fragen und Proteste zu ihren Maßnahmen stießen auf die stereotype Antwort: Wir haben das Recht dazu."

Und in der Tat wird das Recht im bürgerlichen Staat, das drinnen bei den Haftbedingungen mit Isolation, 21 Stunden von 24 allein in der Zelle usw. . . . verbunden ist, draußen, ohne daß es vorher ein Urteil gab, zum Recht der präventiven Repression. In dem einen wie in dem anderen Fall

beinhaltet das die Ausweitung der Sicherheitsmaßnahmen für die Normalisierung und die Normalisierung der Sonderbehandlung.

Georges Cipriani
Jean-Marc Rouillan

Anfang März 91

(1) Im letzten September waren die Zellen 53 und 55 belegt, die eine von einem betagten pensionierten Soldaten, die andere von einem, der aus der psychiatrischen Klinik der Strafanstalt Saargemünd kam, wo er über 15 Jahre verbracht hatte, um hier nun auf seine endgültige „zivile" Einlieferung in eine psychiatrische Klinik zu warten.

In der Folge mußte diese Tendenz nur zunehmen, so waren im Dezember vier Gefangene hier, jeweils zwei pro Zelle. Einer unter medizinischer Überwachung, ein anderer war Rentner wegen seiner geistigen Behinderung. Der dritte, ein älterer Gefangener, der dann Glück genug hatte, eine Arbeit zu finden. Und schließlich ein vierter, der sich hier ständig im Wartestand befand — auf die Psychiatrisierung nach seinen eigenen Worten.

(2) Verbot, Gedrucktes per Post oder beim Besuch zu erhalten, außer den Abonnements, die von der Verwaltung angefordert werden. Jedes Papier in einer Fremdsprache wird übersetzt und durch die zuständige Behörde des Regionalausschusses überprüft.

Es muß auch betont werden, daß die Post fortlaufend verschwindet, was man feststellen kann, wenn eine Antwort von uns ausbleibt.

In einem solchen Fall darf man nicht nachlassen, vor allem Einschreiben mit Rückschein benutzen. Auch wenn der uns nicht zur Unterschrift vorgelegt werden sollte, kann er immerhin dazu dienen, eine Klage wegen Postdiebstahls gegen die Direktion von Fresnes einzuleiten.

(Wie wir bereits im Info Nr. 65 berichtet haben, sind allen BesucherInnen aus der BRD, die bisher Georges Cipriani besucht haben, die Besuchserlaubnisse entzogen worden. Ausgenommen von dieser Entscheidung sind lediglich Georges Tochter und deren Mutter.)

Belgien: Vier Angehörige verurteilt

Brüssel, 14. Mai 1991

Am 5. Februar 1988 besetzten fünf Menschen in Solidarität mit den vier in Frankreich inhaftierten Militanten von Action Directe, die seit 67 Tagen im Hungerstreik waren, die Räume der Agence France Presse (französische Presseagentur — d. Red.).

Diese Besetzung hatte zum Ziel, das Schweigen der Medien um diesen Hungerstreik zu brechen, die Haftbedingungen zu denunzieren, denen sie unterworfen waren: die Totalisolation im Knast.

Diese Totalisolation wird auf europäischer Ebene als Mittel angewandt, die politische, soziale, physische und psychische Identität von politischen Gegnern zu zerstören.

Im Anschluß an diese Besetzung verurteilte die Brüsseler Strafkammer am 8. Mai 1991 vier von ihnen zu einer einmonatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung und 6000 Francs Geldstrafe. Sie haben beschlossen, Berufung einzulegen.

APAPC
Vereinigung der Angehörigen und Freunde der kommunistischen Gefangenen

Adressen der vier inhaftierten Militanten aus den Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC):

— Didier Chevolet
prison de Huy, rue du Palais de Justice 4, 4500 Huy
— Bertrand Sassoye
prison de Tournai, rue du Chantier 1, 7500 Tournai
— Pascale Vandegeerde
prison de Namur, place abbé Joseph André 7, 5000 Namur
— Pierre Carette
prison de Mons, boulevard W. Churchill 24, 7000 Mons

Prozeßtermine

Prozeß gegen Holger Deilke

Der § 129a-Prozeß gegen Holger Deilke vor dem Oberlandesgericht Hamburg, Sievekingsplatz, Saal 288, wird fortgesetzt am 24.5., 9 Uhr; 4., 7., 12., 13., 19., 21., 26., 27.6., 9 Uhr; 1. und 3. Juli, 8 Uhr; 5.8., 13 Uhr.

Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough

Der Prozeß gegen die beiden irischen Genossen vor dem OLG Düsseldorf in der Tannenstraße wird fortgesetzt am 31.5.; 6.6., 13.6., 21.6., 22.6., 27.6.; 4.7., 5.7., 11.7., jeweils 9.15 Uhr.

Kurdenprozeß

Der Kurdenprozeß in Düsseldorf in der Tannenstraße wird fortgesetzt am 28.5., 29.5.; 4.6., 5.6., 11.6., 12.6., 18.6., 19.6., 25.6., 26.6.; 2.7., 3.7., 9.7., 10.7., 16.7., 16.7., 17.7.; 19.8., 20.8., 27.8., 28.8.; 3.9., 4.9.; 10.9., 11.9., 23.9., 24.9., jeweils um 9.15 Uhr.

Kurdenprozeß in Celle

Der sog. zweite PKK-Prozeß gegen vier Kurdinnen und Kurden (zwei von ihnen sind seit September bzw. April 1990 unter Isolationshaftbedingungen im Knast) vor dem OLG Celle findet dienstags um 9.45 Uhr und mittwochs um 9.15 Uhr in der Kanzleistr. 4 statt.

Revisionsprozeß gegen Bärbel, Norbert und Thomas

Die nächsten Termine im Revisionsprozeß gegen Bärbel Perau, Nobert Hofmeier und Thomas Thoene vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf in der Tannenstraße sind am 27.5., 7.6., 14.6., 24.6., jeweils um 9.15 Uhr.

Termine

Frankfurt/Main. 1.6., 20 Uhr, Zentrum, Hinter der Schönen Aussicht 11a, Veranstaltung „Irische Kriegsgefangene in Europa" von der Irland Solidarität Gießen: Aktueller Stand des Verfahrens in Düsseldorf gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough; geplante Auslieferungen von Ir-Innen aus Frankreich und den Niederlanden nach Deutschland.
Düsseldorf. 3.6., 19 Uhr, Gemeindesaal der St. Markusgemeinde, Sandprägerstr. 101, Veranstaltung mit Dhoruba Bin-Wahad, ehemaliger Black Panther, der 19 Jahre in den USA im Knast war.
Essen. 6.-8.6, Parkplatz/Zweigertstr., Infotisch und Musik vor dem Knast: 6.6. von 15-20 Uhr, 7.6. von 11-15 Uhr und 8.6. von 10-14 Uhr.
Bochum. 7.6., 17 Uhr, Dr.-Ruer-Platz, Demonstration zum Knast; 19 Uhr Kundgebung, Karl-Lange-Str.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Jeannette Hülbig. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.